

BIBLIOGRAPHIE ZUM ÖSTERREICHISCHEN VERWALTUNGSRECHT 2006-2007

Anna Gamper

1. Auch im Berichtszeitraum 2006 – 2007 wurde eine Fülle an Themen des allgemeinen und besonderen Verwaltungsrechts sowie des Verwaltungsverfahrensrechts wissenschaftlich bearbeitet. Gerade im Bereich des besonderen Verwaltungsrechts muss jedoch eine Darstellung der akademischen Auseinandersetzung mit zahllosen Verwaltungsmaterien – die im Bundesstaat Österreich noch auf unterschiedlichen Ebenen (Bund, Länder) geregelt werden – selektiv bleiben: Gewisse Bereiche, wie das Vergaberecht oder Umweltrecht, finden mittlerweile derart breiten publizistischen Niederschlag, dass sie geradezu als verselbständigt angesehen werden können. Besonders starken wissenschaftlichen Nachhall finden weiterhin die Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts auf das österreichische Verwaltungsrecht sowie die teils schon in Kraft getretene, teils noch in der Entwurfsphase befindliche Verwaltungs- und Verfassungsreform.
Auch die Arena der juristischen Fachverlage, Fachzeitschriften und Schriftenreihen wird immer größer: Neben den traditionellen Verlagen Manz, Springer und Verlag Österreich (frühere Österreichische Staatsdruckerei) sind insbesondere facultas.wuv Universitätsverlag und NWV (Neuer Wissenschaftlicher Verlag) zu nennen, die im Segment verwaltungsrechtlicher Publikationen am häufigsten vertreten sind.
2. Symptomatisch für die stetig wachsende Literatur ist der Lehrbuchsektor. Hier sind im Berichtszeitraum verschiedene aktualisierte Auflagen bekannter Lehrbücher, aber auch Neuerscheinungen zu verzeichnen. Im Bereich des Allgemeinen Verwaltungsrechts erschien mittlerweile die zweite Auflage des von Gerhart Holzinger/Peter Oberndorfer/Bernhard Raschauer herausgegebenen Werks *Österreichische Verwaltungslehre*, Zweite Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 499. Die einzelnen Beiträge in diesem Buch widmen sich einer praxisnahen Darstellung der Verwaltungsaufgaben und -organisation, den Perspektiven der Verwaltung im dritten Jahrtausend und, wie auch schon in der ersten Auflage, neuen Methoden des Verwaltungsmanagements (New Public Management, wirkungsorientierte Verwaltungsführung, Benchmarking, E-Government, Good Governance). Das Buch ist damit allerdings eher ein für den Verwaltungswissenschaftler wie -praktiker wertvolles Handbuch als ein auf ein umfassendes System hin angelegtes Lehrbuch im eigentlichen Sinn.
Zum bisherigen Standardlehrbuch von Bernhard Raschauer, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, Zweite Auflage, Wien/New York, Springer, 2003, pp. 404, trat nunmehr ein neues Werk, das sich im Studienbetrieb bereits sehr gut bewährt hat und als konzise Einführung in das österreichische Allgemeine Verwaltungsrecht sicherlich auch dem ausländischen Fachpublikum empfohlen werden kann: Arno Kahl/Karl Weber, *Allgemeines Verwaltungsrecht*, Wien, WUV, 2007, pp. 315 behandeln nicht nur alle notwendigen Begrifflichkeiten und Definitionsfragen, verfassungs- und europarechtliche Grundlagen des Allgemeinen Verwaltungsrechts, sondern widmen sich auch in klar strukturierten und leicht lesbaren Kapiteln dem Organisationsrecht, dem Verwaltungshandeln, der Beziehung zwischen Staat und Bürgern sowie der Verwaltungskontrolle und dem Rechtsschutz, dies stets unter Berücksichtigung europäischer und nationaler Verflechtungen und der aktuellen Entwicklungen der Verwaltungsreform.
Lehrbücher im Bereich des Besonderen Verwaltungsrechts sind naturgemäß mit dem Problem konfrontiert, eine repräsentative Auswahl einzelner Materiegesetze des Bundes und der Länder vornehmen zu müssen, die als besonders wesentlich anzusehen sind. In nunmehr bereits sechster Auflage beschreiten Susanne Bachmann/Gerhard Baumgartner/Rudolf Feik/Karim Giese/Dietmar Jähnel/Georg Lienbacher (Hg), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Sechste Auflage, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 474 den anspruchsvollen Weg, zahlreiche Verwaltungsmaterien des Bundes (Vereinsrecht, Versammlungsrecht, Sicherheitspolizeirecht, Fremdenrecht, Melderecht, Staatsbürgerschaftsrecht, Gewerberecht, Wasserrecht, Forstrecht, Straßenrecht, Abfallwirtschaftsrecht, Umweltverträglichkeitsprüfung, Denkmalschutzrecht, Straßenpolizei- und Kraftfahrrecht, Vergaberecht) und der Länder

(allgemeines Raumordnungsrecht, Baurecht, Grundverkehrsrecht, Naturschutzrecht, Veranstaltungsrecht) unter Berücksichtigung von Literatur und Judikatur darzustellen, wobei sich die jeweilige Darstellung im Landesbereich nicht auf ein einzelnes Land beschränkt, sondern vielmehr eine Synopse des Landesrechts aller neun Bundesländer vorgenommen wird. Einen im Landesbereich nicht synoptisch, sondern an der präzisen Darstellung Tiroler Landesgesetze orientierten Ansatz wählen Irmgard Rath-Kathrein/Karl Weber (Hg), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Fünfte aktualisierte Auflage, Innsbruck, 2006, pp. 268, die zusammen mit anderen Autoren ausgewählte Bundes- und Landesgesetze in ausführlichen Einzeldarstellungen unter Einbeziehung der verfassungs- und europarechtlichen Grundlagen aufbereiten: Auf Bundesebene ausgewählt wurden die Gewerbeordnung, das Wasserrechtsgesetz, das Sicherheitspolizeigesetz, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Fremdenpolizeigesetz, das Asylgesetz, das Bundesvergabegesetz, das Vereinsgesetz und das Versammlungsgesetz; auf Landesebene wird dies noch durch die Darstellung des Tiroler Raumordnungsgesetzes, der Tiroler Bauordnung und des Tiroler Naturschutzgesetzes ergänzt, da das Lehrbuch in erster Linie auf den Studienbetrieb an der Innsbrucker Rechtswissenschaftlichen Fakultät gemünzt ist.

Am Gebiet des Verwaltungsverfahrensrechts gibt es ebenfalls einige Neuauflagen: Das bewährte Lehrbuch von Rudolf Thienel, *Verwaltungsverfahrensrecht*, Vierte Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 592 besticht weiterhin durch seine klare Sprache, präzise Darstellung und seinen insgesamt doch studiengerechten Umfang. Wesentlich kürzer ist das nunmehr in zehnter Auflage erschienene Lehrbuch von Gerhart Wielinger, *Einführung in das österreichische Verwaltungsverfahrensrecht*, Zehnte Auflage, Graz, Leykam, 2006, pp. 246, das für einen ersten Überblick gut geeignet ist. Im Verbund von Verfassungsrecht und Verwaltungsrecht bietet Harald Stolzlechner, *Einführung in das öffentliche Recht*, Vierte Auflage, Wien, Manz, 2007, pp. 360 einen ausgezeichneten Überblick über das österreichische öffentliche Recht.

Auf dem Gebiet des öffentlichen Wirtschaftsrechts besonders erwähnenswert ist das neue Lehrbuch von Norbert Wimmer/Thomas Müller, *Wirtschaftsrecht. International – Europäisch – National*, Wien/New York, Springer, 2007, pp. 428. Schwerpunkte dieser Darstellung bilden die Wirtschaftsverfassung, das Recht der Wettbewerbssicherung, Wirtschaftspolizeirecht, Wirtschaftsaufsichtsrecht, Wirtschaftslenkungsrecht sowie das Recht der öffentlichen

Unternehmen. Den Autoren gelingt es dabei sehr gut, ein ausgesprochen komplexes und dynamisches Rechtsgebiet systematisch darzustellen und durch Beispiele und Fragen auch didaktisch sehr geschickt aufzubereiten. Auch in der zweiten Auflage ein hervorragend gelungenes Grundlagenwerk stellt schließlich Michael Holoubek/Michael Potacs (Hg), *Handbuch des Öffentlichen Wirtschaftsrechts*, Zweite Auflage, Wien/New York, Springer, 2007, Band 1: pp. 1418, Band 2: pp. 1379, dar. Mehr als nur ein Skriptum bieten Stefan Griller/Michael Holoubek, *Europäisches und öffentliches Wirtschaftsrecht I*, Vierte Auflage, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 429 und Stefan Griller/Michael Holoubek, *Europäisches und öffentliches Wirtschaftsrecht II*, Dritte Auflage, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 427.

Für den studentischen Betrieb empfehlenswert ist die nunmehrige zweite Auflage von Harald Eberhard/Konrad Lachmayer (Hg), *Casebook Verwaltungsrecht*, Zweite Auflage, Wien, WUV, 2007, pp. 213: Den Leser erwarten nicht nur praktische Hinweise zur Falllösung, sondern vor allem auch eine Fülle ganz unterschiedlich gelagerter, für den studentischen Leser angenehm aufbereiteter Fälle und Musterlösungen.

3. Weiterhin großer Aktualität auf dem Gebiet des Allgemeinen Verwaltungsrechts erfreut sich das Thema der Ausgliederung und Privatisierung, wie sich auch im Berichtszeitraum zeigte: Zu nennen sind insbesondere die Habilitationsschrift von Gerhard Baumgartner, *Ausgliederung und öffentlicher Dienst*, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 578, aber auch zahlreiche Aufsätze: So etwa Paul Sieberer, „Auslagerungen“ von *Landesaufgaben auf Organe des Bundes (im weiteren Sinn) anhand aktueller Beispiele aus Salzburg*, Zeitschrift für Verwaltung 2007, pp. 602-616, Gerhard Baumgartner, *Ausgliederung der Zivildienstverwaltung – eine juristische Nachlese. Zur Dogmatik der Ausgliederung von Aufgaben der Hoheitsverwaltung*, in Metin Akyürek/Gerhard Baumgartner/Dietmar Jähnel/Georg Lienbacher/Harald Stolzlechner (Hg), *Staat und Recht in europäischer Perspektive – Festschrift Heinz Schäffer*, Wien, Manz, 2006, pp. 69-90 sowie Christian Knauder, *Wasserrahmenrichtlinie und Privatisierung im Wasserrecht. Ausverkauf des österreichischen Wassers?*, Wien, Lexis Nexis, 2007, pp. 323.
- Mit den verwaltungsreformatoren Veränderungen, die die zunehmende Übernahme ökonomisch orientierter Ansätze und privatwirtschaftlicher Methoden auch für die traditionelle öffentliche Verwaltung implizieren, befassten sich etwa: Michael

Potacs/Paolo Rondo-Brovetto (Hg), *Öffentlicher Dienst in Kärnten. Rechtliche und ökonomische Aspekte einer wirkungsorientierten Verwaltung*, Wien, Manz, 2006, pp. 137, Bernhard Grossmann/Eva Hauth, *Verwaltungs- und Pensionsreformen im öffentlichen Dienst sowie Finanzierung des Krankenanstaltenwesens*, Wien, Manz, 2007, pp. 184, Bettina Perthold-Stoitzner, *Zielvereinbarungen nach UG 2002*, zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik 2006, pp. 12-20 sowie Norbert Wimmer/Thomas Müller, *Zielvereinbarungen im Verwaltungsalltag*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 2-9.

Nicht zuletzt die höchstgerichtliche Judikatur gab Anstoß zu Überlegungen, inwiefern neue Formen von Rechtsakten den „geschlossenen“ Kanon an Rechtssatzformen zu sprengen drohen: Vgl etwa Christoph Bezmek, *Hybride Rechtsakte und normative Zuteilungspläne*, Zeitschrift für Verwaltung 2007, pp. 616-627 und Richard Novak, *Formenwahl und Verwaltungshandeln*, in Metin Akyürek/Gerhard Baumgartner/Dietmar Jähnel/Georg Lienbacher/Harald Stolzlechner (Hg), *Staat und Recht in europäischer Perspektive – Festschrift Heinz Schäffer*, Wien, Manz, 2006, pp. 515-528.

Mit den Informationspflichten der Verwaltung gegenüber dem Bürger setzte sich Rudolf Feik in seiner nunmehr publizierten Habilitationsschrift *Öffentliche Verwaltungskommunikation*, Wien/New York, Springer, 2007, pp. 478 sowie in seinem Aufsatz *Zugang zu Verwaltungswissen*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 187-195 auseinander. Interessant ist auch im Zusammenhang mit der aktuellen Verfassungsreform und der Frage, ob Österreich überhaupt noch einen klassischen Verwaltungsstaat im Sinne einer in Weisungszusammenhängen hierarchisch strukturierten Verwaltung darstelle, Michael Sachs/Theodor Thanner, *Verfahren vor Sonderbehörden*, Wien, Manz, 2006, pp. 444.

Verschiedene Werke befassten sich im Berichtszeitraum mit der immer wichtiger werdenden Rolle der Gemeinden in der Daseinsvorsorge und Planung; vgl etwa Patrick Segalla, *Kommunale Daseinsvorsorge*, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 378. Da die überwiegend klein strukturierten österreichischen Gemeinden nicht immer dazu in der Lage sind, bieten sich verschiedentlich Modelle der interkommunalen Kooperation an: Vgl etwa Peter Biwald/Hans Hack/Klaus Wirth (Hg), *Interkommunale Kooperation. Zwischen Tradition und Aufbruch*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 328. Aufschlussreich gerade für den italienischen Komparatisten ist der Vergleich des Bundeslandes

Tirol zu den Autonomen Provinzen von Bozen und Trient in Anna Gamper (Hg), *Interkommunale Zusammenarbeit und überörtliche Raumplanung in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino*, Wien, Nomos/facultas, 2007, pp. 146.

4. Auf dem umfangreichen Gebiet des Besonderen Verwaltungsrechts sind zahllose Materien insbesondere in Form von Gesetzeskommentaren und einzelnen Aufsätzen bearbeitet worden. Geradezu als „Dauerbrenner“ erweisen sich hierbei im Landesbereich das Bauordnungsrecht und damit verwandte Materien, im Bundesbereich das Fremdenrecht, Gewerberecht, Sicherheitspolizeirecht und Universitätsrecht, im Schnittstellenbereich von Bund und Ländern das Raumordnungs- und Energierecht.

Im landesrechtlichen Bereich zu erwähnen sind etwa die Gesetzeskommentare von Heinrich Geuder, *Bauordnung für Wien*, Wien, Linde, 2007, pp. 559, Reinhold Moritz, *BauO Wien*, Dritte Auflage, Wien Manz, 2006, pp. 729, Christian Schwaighofer, *Tiroler Baurecht, Praxiskommentar*, Innsbruck/Wien/Bozen, Studien Verlag, 2006, pp. 182, Karim Giese, *Salzburger Baurecht*, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 1236, Lorenz Riegler, *Bauordnung für Wien. Praxiskommentar*, Engerwitzdorf, pro libris, 2007, pp. 565, Wolfgang Hauer/Friedrich Zaussinger, *Niederösterreichisches Baurecht*, Wien, Linde, 2006, pp. 1600, Andreas Hauer, *Oberösterreichisches Raumordnungsgesetz 1994*, Engerwitzdorf, pro libris, 2007, pp. 289, Christian Schwaighofer, *Tiroler Raumordnungsrecht 2006, Praxiskommentar*, Innsbruck/Wien/Bozen, Studien Verlag, 2006, pp. 570 sowie Axel Fuith, *Tiroler Grundverkehrsgesetz mit Novelle 2005*, Wien, Linde, 2006, pp. 112. Eine umfassendere Darstellung von allgemeinem Raumplanungsrecht und den verschiedenen Fachplanungsrechten enthält Andreas Hauer/Markus Nußbaumer, *Österreichisches Raum- und Fachplanungsrecht*, Engerwitzdorf, pro libris, 2006, pp. 594. Nur hingewiesen werden kann auf die Fachzeitschrift „Baurechtliche Blätter“ (BBI), in der sich zahlreiche Aufsätze zu detaillierten Themen des Bau- und Raumordnungsrechts sowie damit verwandter Materien finden (zB Wolfgang Kirchmayer, *Die Novellen zur Bauordnung für Wien im Jahr 2006*, Baurechtliche Blätter 2007, pp. 95-100).

Ein Brückenschlag zum Energierecht findet sich bei Walter Berka, *Starkstromwegeplanung und örtliches Bau- und Raumordnungsrecht*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 318-328. Neben den verschiedenen Beiträgen, die sich zum Energierecht in den Systemdarstellungen des Öffentlichen

Wirtschaftsrechts finden, sind vor allem Andreas Hauer/Klaus Oberndorfer, *EIWOG. Elektrizitätswirtschafts- und -organisationsgesetz*, Engerwitzdorf, pro libris, 2007, pp. 684, Bernhard Raschauer, *Aktuelles Energierecht*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 115, Bernhard Raschauer, *Handbuch Energierecht*, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 254 zu nennen. Zu den wichtigsten Anlagengesetzen können zudem die Beiträge von Gerhard Braumüller, *Tunnelanlagen, Stollenbauten und Wasserrecht – Bewilligungspflicht nach § 40 Abs 2 WRG*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 622-632, Doris Hattenberger, *Liberalisierung der Wasserversorgung*, Baurechtliche Blätter 2006, pp. 1-19 und Christian F. Schneider, *Rechtsfragen der Sicherung und Sanierung aufgelassener Bergwerke*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 432-442 sowie Franz Oberleitner, *Kommentar zum Wasserrechtsgesetz 1959*, Zweite Auflage, Wien, Manz, 2007, pp. 828, Arnold Mihatsch, *Mineralrohstoffgesetz*, Dritte Auflage, Wien, Manz, 2007, pp. 430, Herbert Rössler/Ferdinand Kerschner, *Wasserrecht und Privatrecht*, Wien, Manz, 2006, pp. 122, sowie Wolfgang Catharin/Gerhard M. Gürtlich, *Eisenbahngesetz-Kommentar*, Wien, Linde, 2007, pp. 549 erwähnt werden.

Zur kompetenzrechtlich zersplitterten und in zahlreichen Einzelgesetzen geregelten Materie des Gesundheits- und Pflegerechts finden sich in der Zeitschrift „Recht der Medizin“ (RdM) zahlreiche einschlägige Abhandlungen. Als neuere gesundheitsrechtliche Kommentierungen zu erwähnen sind etwa Susanne Weiss-Faßbinder/Alexandra Lust, *Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG)*, Fünfte Auflage, Wien Manz, 2006, pp. 299, Helmut Schwamberger, *Bundesgesetz über Gesundheits- und Krankenpflegeberufe*, Vierte Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 621. Insbesondere für den italienischen Leser reizvoll dürften die in deutscher und italienischer Sprache publizierten Beiträge zum Gesundheits- und Pflegesystem beider Staaten im Rechtsvergleich sein: Anna Gamper/Cristina Fraenkel-Haerberle (Hg), *Gesundheits- und Pflegewesen im Umbruch. Ein euroregionaler Rechtsvergleich*, Wien, WUV, 2007, pp. 178.

Auf dem Gebiet des Universitätsrechts, dem sich im Übrigen seit einigen Jahren eine eigene Fachzeitschrift „zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik“ (zfh) widmet, sind beispielhaft zu nennen: Bernd-Christian Funk/Werner Hauser/Mario Kostal/Manfred Novak/Beatrix Schwar/Roland Winkler/Dietmar Dragaric (Hg), *Handbuch des österreichischen Hochschulrechts*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 434,

Mario Kostal, *Hochschulgesetz 2005*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 170, Bernd Wieser, *Die Anerkennung von Prüfungen nach § 78 UG*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 114, Stefan Huber, *Die ÖH als Selbstverwaltungskörper*, zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik 2007, pp. 110-119, Gerhard Muzak, *Ein Fremdenrecht für Wissenschaftler und Auslandsstudierende?*, zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik 2007, pp. 67-73, Manfred Novak, *Rechtliche Rahmenbedingungen für die Gestaltung universitärer Curricula*, zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik 2007, pp. 18-25, Mario Kostal/Werner Hauser/Dietmar Dragaric, *Wesentliche Regelungsinhalte des neuen Hochschulgesetzes 2005*, zeitschrift für hochschulrecht, hochschulmanagement und hochschulpolitik 2006, pp. 65-75, Stefan Huber, *Die Zusammensetzung des Senats und das „Zusammenspiel“ von Universitätsgesetz und Hochschülerinnen- und Hochschülerschaftsgesetz*, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 821-831, Eva Schulev-Steindl, *Hochschulzugang in Österreich*, Juristische Blätter 2006, pp. 2-17. Manfred Novak, *Das Berufungsverfahren nach UnivG 2002*, Wien/New York, Springer, 2007, pp. 175 widmete nunmehr den in der Praxis überaus kompliziert sich erweisenden Regelungen des Universitätsgesetzes 2002 zur Berufung von Universitätsprofessoren eine ausführliche Darstellung.

Zum Staatsbürgerschafts- und Fremdenrecht sowie damit verwandten Verwaltungsmaterien erschienen auf Grund von Novellen zahlreiche neue Kommentierungen: Norbert Kutscher/Nora Poschalko/Christian Schmalzl, *Niederlassungs- und Aufenthaltsrecht*, Wien, Manz, 2006, pp. 207, Mathias Vogl/Wolfgang Taucher, *Fremdenrecht*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 1067, Andreas Hauer/Rudolf Keplinger, *Fremdenrechtspaket 2005*, Zweite Auflage, Engerwitzdorf, pro libris, 2006, pp. 405, Rudolf Szirba/Walter Grosinger, *Das österreichische Passgesetz*, Vierte Auflage, Wien, Juridica, 2006, pp. 221, René Bruckner/Hans-Peter Doskozil, *Fremdenrechtspaket*, Zweite Auflage, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 541, Josef Unterweger, *Staatsbürgerschaftsgesetz. Kurzkommentar*, Wien, Verlag Österreich, 2007, pp. 389, Sebastian Schumacher/Johannes Peyrl, *Fremdenrecht*, Zweite Auflage, Wien, ÖGB Verlag, 2006, pp. 404, Judith Putzer/Josef Rohrböck, *Asylrecht*, Wien, Manz, 2007, pp. 293 sowie Metin Akyürek, *Die Unabhängigen Verwaltungssenate als Berufungsinstanz im Fremdenpolizeigesetz*, in Metin

Akyürek/Gerhard Baumgartner/Dietmar Jähnel/Georg Lienbacher/Harald Stolzlechner (Hg), Staat und Recht in europäischer Perspektive – Festschrift Heinz Schäffer, Wien, Manz, 2006, pp. 29-53.

Gewerberechtlich Interessierten kann die neue Auflage des bewährten Kommentars von Walter Kinscher, *Die Gewerbeordnung 1994*, Dreizehnte Auflage, Wien, Manz, 2007, pp. 685 empfohlen werden.

Auf dem Gebiet des Polizeirechts erwähnenswert sind die praxisnahen Kommentierungen von Theodor Thanner/Mathias Vogl, *Polizeirecht I (Sicherheitsverwaltung)*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 981, Theodor Thanner/Mathias Vogl, *Polizeirecht II (Nebengesetze)*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 473 sowie Theodor Thanner/Mathias Vogl, *Sicherheitspolizeigesetz*, Zweite Auflage, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 288. Hingewiesen sei weiters auf die Kommentare von Herbert Grundtner/Gerhard Pürstl, *Das Kraftfahrzeuggesetz 1967*, Siebte Auflage, Wien, Manz, 2006, pp. 475 und Herbert Grundtner/Gerhard Pürstl, *Führerscheingesetz*, Dritte Auflage, Wien, Manz, 2006, pp. 500.

Viele weitere Werke, die hier nicht alle erwähnt werden können, bieten einen guten Überblick über zahllose Materien des Besonderen Verwaltungsrechts: Diese reichen von Siegbert Morscher/Waltraud Waitz, *Österreichisches Statistikrecht*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 287, Alfred Stratil, *Postgesetz 1997*, Zweite Auflage, Wien, Manz, 2007, pp. 134, Theodor Thanner/Mathias Vogl, *Unterbringungsgesetz*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 202, Björn Blauensteiner, *Denkmalschutzrecht im Überblick*, Wien, WUV, 2006, pp. 144, Dragana Damjanovic/Michael Holoubek/Hans Peter Lehofer, *Grundzüge des Telekommunikationsrechts*, Zweite Auflage, 2006, pp. 180 bis hin zu Michael Obermeier, *Schifahren im Recht*, Wien, Lexis Nexis, 2007, pp. 113.

5. Auf dem Gebiet des Vergaberechts, das auch regelmäßig Bestandteil von Lehrbüchern des Besonderen Verwaltungsrechts bildet, sind besonders zahlreiche Publikationen zu verzeichnen, die im Berichtszeitraum erschienen sind, was mit der Neuerlassung des Bundesvergabegesetzes 2006 (BGBl I 2006/17) zusammenhängt: Neben einzelnen Aufsätzen zu dem Thema – vgl nur beispielhaft Gernot Maier, *Der Provisorialrechtsschutz im Bundesvergabegesetz 2006*, in Metin Akyürek/Gerhard Baumgartner/Dietmar Jähnel/Georg Lienbacher/Harald Stolzlechner (Hg), Staat und Recht in europäischer Perspektive – Festschrift Heinz Schäffer, Wien, Manz, 2006, pp. 457-472 und die zahlreichen Fachbeiträge in der

„Zeitschrift für Vergaberecht und Beschaffungspraxis“ (ZVB) – handelt es sich um eine ganze Fülle an Gesetzescommentaren und -darstellungen, darunter etwa: Bernt Elsner, *Bundesvergabegesetz 2006*, Wien, Manz, 2006, pp. 630, Otto Werschitz/Armin Ragoßnig, *Das österreichische Vergaberecht*, Zweite Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 382, Wolfgang König/Claudia Reichel-Holzer, *Bundesvergabegesetz 2006*, Wien, Linde, 2007, pp. 780, Christian Fink/Stephan Heid/Michael Holoubek, *Entscheidungssammlung zum österreichischen und europäischen Vergaberecht*, Wien, Verlag Österreich, 2006, Michael Sachs/Katharina Hahnl, *Das neue Bundesvergaberecht 2006*, Wien, Manz, 2006, pp. 167, Michael Breitenfeld/Astrid Edlinger/Ralf Pock, *Bundesvergabegesetz 2006*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 593, Mathias Öhler/Johannes Schramm, *Vergaberecht*, Dritte Auflage, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 602, Doris Steiner/Kurt Röblreiter/Martin Windisch, *Bundesvergabegesetz 2006*, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 1100, Johannes Schramm/Josef Aicher, *Vergaberecht und PPP III*, Wien, Manz, 2006, pp. 190, Johannes Schramm/Josef Aicher, *Vergaberecht und PPP IV*, Wien, Manz, 2007, pp. 183 und Andreas Kropik/Annemarie Mille/Michael Sachs, *Das Vergaberecht in Österreich. Kurzkommentar und Gesetzestext*, Vierte Auflage, Wien, WKÖ, 2007, pp. 499.

6. Auch das österreichische Umweltrecht – das freilich aus einer komplexen Vielfalt ganz unterschiedlicher Bundes- und Landesgesetze besteht – gehört zu den wissenschaftlich besonders bearbeiteten Materien: Eine Fülle umweltrechtlicher Themen beinhalten das vom Linzer Institut für Umweltrecht herausgegebene *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2006*, Wien, Manz, 2006, pp. 222, das *Jahrbuch des österreichischen und europäischen Umweltrechts 2007*, Wien, Manz, 2007, pp. 162 sowie Nicolas Raschauer/Wolfgang Wessely (Hg), *Handbuch Umweltrecht*, Wien, WUV, 2006, pp. 658. Die Palette der in einzelnen Aufsätzen behandelten Themen reicht weit; verantwortlich dafür sind nicht zuletzt die zahlreichen Novellen in den Umweltmateriegesetzen (vor allem des Bundes, teils auch der Länder), die zu einem Gutteil durch die Umsetzung europa- und völkerrechtlicher Vorgaben (zB im Verkehrsumweltrecht) erforderlich werden. Erwähnt werden können beispielhaft Volker Mauerhofer, *NGOs und Einzelpersonen im UVP-Feststellungsverfahren*, *Recht der Umwelt* 2006, pp. 9-18, Daniel Ennöckl/Nicolas Raschauer, *Rechtsmissbrauch im öffentlichen Umweltrecht*,

Österreichische Juristen-Zeitung 2007, pp. 443-451, Alexandra Amerstorfer, *Das Instrument der Umweltförderungen*, Recht der Umwelt 2006, pp. 180-186, Roland Norer, „Gentechnikfreie Zonen“ in Österreich, Recht der Umwelt 2006, pp. 187-195, Volkmar Lauber, *Fördermodelle für Ökostrom: Ökonomie und Politik*, Recht der Umwelt 2006, pp. 140-146, Peter Bußjäger/Daniela Larch, *Gemeinschaftsrecht, internationales Umweltrecht und Verkehrsprojekte*, Recht der Umwelt 2006, pp. 52-58, Peter Bußjäger/Daniela Larch, *Gemeinschaftsrecht, internationales Umweltrecht und Verkehrsprojekte (2. Teil)*, Recht der Umwelt 2006, pp. 104-112, Ferdinand Kerschner, *Zum Entwurf eines Bundes-Umwelthaftungsgesetzes*, Recht der Umwelt 2007, pp. 49-53, Wolfgang Klewein, *Die Umweltbeschwerde nach dem Entwurf eines neuen Bundes-Umwelthaftungsgesetzes*, Recht der Umwelt 2007, pp. 76-81, Christine Hartl, *Das Protokoll zur Durchführung der Alpenkonvention im Bereich Verkehr (Verkehrsprotokoll) und seine Auswirkungen auf das Gemeinschaftsrecht*, Recht der Umwelt 2007, pp. 4-8, Christine Hartl/Erika Wagner, *Zur neuen Wegekosten-RL*, Recht der Umwelt 2006, pp. 4-8, Christine Hartl/Erika Wagner, *Zur neuen Wegekosten-RL (2. Teil)*, Recht der Umwelt 2006, pp. 58-65.

Gerade nach den Hochwasserschäden, die große Teile Österreichs im Sommer 2005 betrafen, befassten sich viele Autoren mit der rechtlichen Problematik von Naturgefahren und Katastrophenschutz: Vgl etwa Sven Fuchs/Lamiss M. Khakzadeh/Karl Weber (Hg), *Recht im Naturgefahrenmanagement*, Innsbruck/Wien/Bozen Studien Verlag, 2006, pp. 240, Peter Bußjäger (Hg), *Katastrophenschutz als Aufgabe und Verantwortung im Bundesstaat*, Wien, Braumüller, 2007, pp. 126 oder Helmut Hörtenhuber, *Katastrophenschutz als Problem der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung*, Zeitschrift für Verwaltung 2007, pp. 154-162.

Bemerkenswert viele Werke befassten sich näher mit dem Tierschutzrecht, für das in der Gesetzgebung seit einigen Jahren der Bund verantwortlich ist: Vgl etwa Holger Herbrüggen/Heike Randl/Nicolas Raschauer/Wolfgang Wessely, *Österreichisches Tierschutzrecht, Bd 1: Tierschutzgesetz*, Zweite Auflage, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 527, Martina Dörflinger, *Das österreichische Tiertransportgesetz*, Wien, Juridica, 2007, pp. 199, Christian Wagner, *Tiertransportgesetz 2007. Gesetzestext und Materialien*, Engerwitzdorf, pro libris, 2007, pp. 106, Christian Wagner, *Tierseuchengesetze samt Verordnungen*, Engerwitzdorf, pro libris, 2007, pp. 330 und Volker Mauerhofer, *Tier- und*

naturschutzrechtliche Überlegungen zum Singvogelfang, Zeitschrift für Verwaltung 2006, pp. 195-207.

Einzelnen umweltrechtlichen Themen wurde in Form von Gesetzeskommentaren Rechnung getragen, etwa dem Emissionszertifikategesetz (vgl. Mario Mayerthaler, *Emissionszertifikategesetz*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 234 sowie Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz [Hg], *Rechtsprobleme des Emissionszertifikategesetzes*, Engerwitzdorf, pro libris, 2006, pp. 102) oder dem oberösterreichischen Naturschutzrecht (Werner Schiffner, *Das oberösterreichische Naturschutzrecht*, Land Oberösterreich, 2006).

Auch das Recht der Abfallwirtschaft wurde nunmehr in mehreren umfangreichen Darstellungen wissenschaftlich bearbeitet: Vgl Christian M. Piska, *Das Recht des Abfallmanagements, Bd 1: Grundlagen*, Wien/Graz, NWV, 2007, pp. 351, Christian M. Piska, *Das Recht des Abfallmanagements, Bd 2: Abfallbehandlungsrecht*, Wien/Graz, NWV, 2007, pp. 175, Christian M. Piska, *Das Recht des Abfallmanagements, Bd 3: Abfalltransportrecht*, Wien/Graz, NWV, 2007, pp. 310 sowie auch Hans Tessar, *Grundriss des Abfallwirtschaftsrechts*, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 341.

Europarechtliche Vorgaben im traditionell gentechnikfreien und an einem strengen Lebensmittelschutz interessierten Österreich gaben Anlass zu verschiedenen einschlägigen Abhandlungen und Kommentaren: Andreas Hauer, *Lebensmittelrecht im Wandel*, Österreichische Juristen-Zeitung 2007, pp. 316-321, Peter Fessler, *Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz*, Wien/Graz, NWV, 2006, pp. 115, Werner Schroeder/Markus Kraus, *Europäisches und österreichisches Lebensmittelrecht*, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 771, Ferdinand Kerschner/Eva Claudia Lang/Gabriele Satzinger/Erika Wagner, *Kommentar zum Gentechnikgesetz*, Wien, Manz, 2007, pp. 764.

7. Im Bereich des Verwaltungsverfahrensrechts ist grundsätzlich auf die bereits erwähnten neuen Auflagen der Standardlehrbücher sowie die hervorragende Kommentierung von Johannes Hengstschläger/David Leeb, *AVG, 3. Teilband § 63-67h*, Wien, Manz, 2007, pp. 342 zu verweisen. Darüber hinaus können empfohlen werden: Martin Attlmayr/Thomas Walzel von Wiesentreu (Hg), *Handbuch des Sachverständigenrechts*, Wien/New York, Springer, 2006, pp. 389, Nicolas Raschauer/Peter Sander/Wolfgang Wessely (Hg), *Österreichisches Zustellrecht*, Wien/New York,

Springer, 2007, pp. 574 sowie Michael Holoubek/ Michael Lang (Hg), *Allgemeine Grundsätze des Verwaltungs- und Abgabenverfahrens*, Wien, Linde, 2006, pp. 499, Tanja Domej, *Die Amtspartei im Verwaltungsverfahren*, Wien, Verlag Österreich, 2006, pp. 293, Alexander Balthasar, *Rechtsschutzdefizite im Verwaltungsverfahrensrecht*, Zeitschrift der Unabhängigen Verwaltungssenate 2007, pp. 59-74.

8. Anders als in Italien ist die öffentlich-rechtliche Rechtsvergleichung in Österreich noch keine sehr stark ausgeprägte Disziplin, wiewohl das Interesse daran klar im Steigen begriffen ist. Wenngleich sich der Rechtsvergleich eher auf das Verfassungsrecht bezieht, setzen sich manche Werke im Berichtszeitraum doch ab und zu auch mit dem vergleichenden Verwaltungsrecht auseinander. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang soll auf die neu gegründete Reihe „*Schriften zum Internationalen und Vergleichenden öffentlichen Recht*“ (hg von Harald Eberhard, Anna Gamper, Konrad Lachmayer und Gerhard Thallinger) hingewiesen werden, die 2006 beim Verlag facultas-wuv gegründet wurde.
9. Abschließend ist zu erwähnen, dass am 23.7.2007 ein Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz geändert und ein Erstes Bundesverfassungsrechtsbereinigungsgesetz erlassen wird, vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramts zur Begutachtung verschickt wurde. Nicht zuletzt auf Grund der vielen kritischen Stellungnahmen, die innerhalb der Begutachtungsfrist abgegeben wurden, kam es im Gesetzgebungsverfahren zu einigen Änderungen des Entwurfs. Überraschend wurde auf ein zentrales Element des Entwurfs, nämlich die Einführung von Landesverwaltungsgerichten, zumindest vorläufig verzichtet und stattdessen ein Asylgerichtshof eingeführt, der seine Tätigkeit ab 1.7.2008 aufnehmen soll. Sowohl die überstürzte Art der Einführung dieses Gerichtshofs als auch die rechtsstaatlichen Bedenken, da ein Rechtszug zum Verwaltungsgerichtshof nur in wenigen Fällen zulässig sein wird, gaben Anlass zu Kritik. Die Verfassungsreform enthält aber auch weitere Änderungen, die auf das Verwaltungsrecht bedeutsame Auswirkungen haben werden, wie etwa die Ermächtigung des einfachen Gesetzgebers, bestimmte Verwaltungsorgane weisungsfrei stellen zu können. Unbeschadet der noch anstehenden weiteren Verfassungsreformpakete ist somit gewiss, dass sich die Verwaltungsrechtswissenschaft in den kommenden Jahren mit grundlegenden Thematiken auseinandersetzen wird.

Über die Autorin:

Prof. Dr. Anna Gamper ist am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck tätig.

Kontaktadresse:

Innrain 80, 6020 Innsbruck. Tel.: 0512/507 – 8224

E-Mail:

anna.gamper@uibk.ac.at

Von derselben Autorin erschienen:

Anna Gamper, Staat und Verfassung (2007).